

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Harshad Mehta, Narasimha Rao und ein Koffer voller Geld

Im März 1992 erschütterte ein Finanzskandal die indische Öffentlichkeit, der in seinem ganzen Ausmaß noch immer nicht aufgedeckt ist. Im Kern ging es dabei um die Gewährung von Krediten durch eine Vielzahl von Banken, ohne dafür irgendwelche Sicherheiten zu erhalten. Bekannt wurden diese Vorgänge, als die 'State Bank of India' (SBI) einen Verlust von beinahe 670 crore Rupien (1 crore = 10 Millionen; 1 DM ca. 18,5 Rupien) entdeckte. Sie hatte dieses Geld dem Finanzmakler Harshad Mehta zur Verfügung gestellt, ohne dafür entsprechende Sicherheiten erhalten zu haben. Nach einer über einjährigen Untersuchung durch das 'Central Bureau of Investigation' (CBI) wird der Gesamtschaden durch ähnliche Geschäfte, in die immer wieder Harshad Mehta als Schlüsselfigur verwickelt ist, auf knapp 6.900 crore Rupien veranschlagt (also etwa vier Milliarden DM). Schätzungen verschiedener indischer Nachrichtenmagazine gehen von Summen aus, die noch höher liegen. Der Hauptverdächtige Mehta, der verhaftet wurde, zwischenzeitlich aber gegen Kautions wieder freigelassen wurde, hat nun Anfang

Juni Premier Rao beschuldigt, von den Vorgängen gewußt und von ihm Bestechungsgelder in Höhe von 10 Millionen Rupien angenommen zu haben. Mehta will dieses Geld am 4. November 1991 in einem Koffer persönlich in Raos Haus an der 'Race Course Road' an Rao übergeben zu haben. Diese Anschuldigungen schlugen in Delhi wie eine Bombe ein und trugen zu einer weiteren Verschlechterung des ohnehin schon angeschlagenen Ansehens der Regierung Rao bei. Mehta und seine Anwälte geben an, über Beweise für ein solches Treffen zu verfügen, haben bisher aber außer einer Tonbandkassette, auf der ein abgehörtes Telefongespräch zu hören ist, bei dem Rao nicht einmal erwähnt wird, keinerlei Beweise für ihre Vorwürfe gegen den Premierminister vorgelegt.

Eine Reihe von Fragen, die sich aus den Darstellungen Mehtas ergeben, lassen Zweifel an dessen Glaubwürdigkeit aufkommen. Es gibt eine ganze Reihe von Zeugenaussagen und Polizeiprotokollen, die belegen, daß Rao am Morgen des 4. November 1991 überhaupt nicht in seinem Haus an der 'Race Course Road' gewesen ist. Zum angeblichen Zeitpunkt der Geldübergabe hat er sich offenbar mit einer Politikerdelegation aus Pakistan in seinem Amtszimmer getroffen. Mehta

gibt an, bei dem Geld habe sich vor allem um 50- und 100-Rupien-Scheine gehandelt. Nur etwa ein Zehntel des Betrages habe aus 500-Rupien-Noten bestanden. Wenn das stimmt, muß der Koffer etwa 70 Kilogramm gewogen haben. Auf welche Weise hat Mehta ihn dann unauffällig in Raos Haus bringen können? Auf dem Gelände sind keine Privatwagen zugelassen und niemand darf das Gelände betreten, bevor nicht seine Koffer geöffnet und untersucht wurden.

Aus den Reihen der 'Congreß'-Partei wird der Verdacht geäußert, daß Mehtas Aussagen mit der oppositionellen 'Bharatiya Janata Party' (BJP) abgesprochen wurden. Man fragt sich, warum Mehta ausgerechnet jetzt, zum Zeitpunkt des BJP-Parteitag in Bangalore, seine Anschuldigungen gegen Rao erhebt, nachdem die Untersuchungen gegen ihn schon seit über einem Jahr laufen. So wurde auf dem Parteitag der BJP in Bangalore deutlich, daß die meisten BJP-Spitzenpolitiker offensichtlich bereits kurz bevor Mehta an die Öffentlichkeit trat, von dessen geplanten Korruptionsvorwürfen gegen Rao wußten. Die BJP-nahe Zeitschrift 'Blitz' veröffentlichte schon am Morgen der Pressekonferenz, bei der Mehta seine Aussagen machte, deren Inhalt. Die Korruptionsvorwürfe ge-



Harshad Mehta bei seiner spektakulären Pressekonferenz in Bombay (Foto: 'Frontline')

gen Rao sind ein willkommenes Wahlkampfthema für die BJP, die nunmehr eine möglichst baldige Ablösung Raos und Neuwahlen zum Parlament fordert.

L.K. Advani neuer Präsident der BJP

Der als gemäßigt bekannte L.K. Advani ist der strahlende Gewinner des Parteitages der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) in Bangalore und löst seinen parteiinternen Widersacher M.M. Joshi, der als Hardliner gilt, als Vorsitzender der Partei ab. Unter der neuen Führung soll die Partei ein neues Profil entwickeln, daß sich nicht allein aus dem 'Tempelstreit' in Ayodhya ergibt. Die Partei will nun folgende Themen zu Kernelementen ihrer neuen Strategie machen. (1) Korruption in der Zentralregierung in Delhi. (2) Aufnahme von Mitgliedern niedriger Kasten und Unberührbare in die Entscheidungsgremien der Partei, um das Bild einer 'hochkastigen' Hindupartei abzuschütteln. (3) Angriffe gegen die Kashmir-Politik der Zentralregierung, die als zu nachgiebig angesehen wird. (4) Eine moderatere Einstellung gegenüber Moslems, denen auf dem Parteitag die gleichen Rechte und die gleiche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit wie allen anderen Minderheiten zugesagt wurde.

Trotz dieser gemäßigten Töne scheint sich die Grundhaltung der Partei gegenüber den Moslems nicht wesentlich geändert zu haben. Die Partei rechtfertigte die Zerstörung der Moschee in Ayodhya und bekräftigte ihre Haltung, daß innerhalb eines Radius von 10 Meilen um den geplanten Tempelneubau in Ayodhya keine Moschee entstehen dürfe.

Juristischer Erfolg für Hinduparteien

Als schweren politischen Rückschlag für die regierende 'Congreß'-Partei bewerten einige politische Beobachter in Delhi den Urteilspruch des 'P.K. Bahri Tribunals', in dem das Verbot der rechten Hinduorganisation 'Rashtriya Swayamsewak Sangh' (RSS) vom 10. Dezember 1992 für rechtswidrig erklärt wurde. Die Zentralregierung hatte nach den Ereignissen in Ayodhya und den nachfolgenden Unruhen, die 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP), die 'Bajrang Dal' und die RSS als die Drahtzieher der Auseinandersetzungen verboten. Richter P.K. Bahri begründete sein

Urteil damit, daß es der Regierung nicht gelungen sei, die Beteiligung der RSS und der 'Bajrang Dal' nachzuweisen.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die die nicht unberechtigte Vermutung aufkommen lassen, die Regierung habe keinerlei Interesse an der Aufrechterhaltung des Verbotes gehabt. Befürworter einer harten Linie gegenüber dem 'Hindu'-Bündnis, wie BJP, VHP, RSS, 'Bajrang Dal' und 'Shiv Sena' genannt werden, sind enttäuscht von der Rolle der Regierung in diesem Gerichtsverfahren und werfen ihr Gleichgültigkeit vor. Gleichgültigkeit und Ambivalenz der Regierung zeige sich schon daran, daß sie niemals ernsthaft versucht habe, daß Verbot auch wirklich durchzusetzen. Obwohl in den letzten sechs Monaten knapp 4.000 Mitglieder der RSS, beinahe genau so viele der VHP und etwa 1.200 Mitglieder der 'Bajrang Dal' verhaftet worden seien, hätten im gleichen Zeitraum über 685 öffentliche Veranstaltungen ('camps') der RSS stattgefunden, davon 28 in Delhi. Verhaftungen seien überhastet und ohne eine gründliche Vorbereitung der Anklageschriften vorgenommen worden, kaum einer der Verhafteten sei länger als fünf Tage in Polizeigewahrsam gewesen, wird von den Kritikern angeführt.

Während der Gerichtsverhandlung war es der Regierung nicht gelungen ihre Behauptung zu beweisen, die RSS habe bei der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya die führende Rolle gespielt. Verwunderlich auch die Wahl des Richters, der aufgrund verschiedener Aussagen über das 'Hindu-Bündnis' als befähigt gelten muß. So hält er die Bewegung für die Errichtung eines Hindutempels anstelle der Moschee in Ayodhya für 'lobenswert'.

Für die Regierung bedeutet diese Gerichtsentscheidung einen weiteren Rückschlag in ihrem ohnehin nicht ernsthaften Kampf gegen den wachsenden Hindunationalismus. Für die 'Bharatiya Janata'-Partei (BJP) ist sie ein wichtiger Erfolg, in ihrem Bemühen um vorgezogene Parlamentswahlen.

Adivasi-Kampagne

Wie bereits mehrfach berichtet, hat aus Anlaß des UN-Jahres der indigenen Völker eine europaweite Kampagne zur Unterstützung der Adivasi in Indien begonnen. Das deutsche Kampagnenbündnis, in dem sich die Indienhilfe, der AK-Swaraj, das Südasien Büro, FIAN,

die Südasien Arbeitsgruppe und die Gesellschaft für bedrohte Völker zusammengeschlossen haben, hat die Kampagne in Deutschland mit einer Pressekonferenz in Bonn begonnen. In Zusammenarbeit mit dem Bündnis 90/Die Grünen waren als Gäste und Vertreter der Adivasi Burcha Bredeka und Jay Lakra eingeladen, sowie Vertreter von amnesty international und der Regenwaldaktionsgruppe Urgewald.

In kurzen Statements und einem anschließenden Hintergrundgespräch gaben die beiden Adivasivertreter einen Einblick in die Lebenssituation der Adivasi in Indien. Sie machten deutlich, daß die Vielfalt der Lebensweisen der über 250 verschiedenen Völker, denen die Adivasi angehören, durch 'Modernisierung', Waldzerstörung und Großprojekte wie dem Narmada Staudamm bedroht sei. Während sich die indische Regierung damit rühmt, gesetzliche Schutzmaßnahmen zugunsten der Adivasi getroffen zu haben ('Scheduled Castes and Scheduled Tribes Prevention of Atrocities Act'), berichtet amnesty international immer wieder von willkürlichen Festnahmen, Folter, Vergewaltigungen oder Todesfällen in Polizeihaft.

Die Kampagne will in Zusammenarbeit mit Adivasi-Organisationen über die anhaltende Unterdrückung, Diskriminierung und drohende Zerstörung der Adivasi-Kulturen informieren und zur aktiven Unterstützung der Anliegen der Adivasi aufrufen. Von der indischen Regierung fordern die Trägerorganisationen die Anerkennung der Adivasi als indigene Völker.

Die deutsche Regierung wird dazu aufgerufen, die Lebensweise der Adivasi zu respektieren und darauf zu achten, daß die Folgen ihrer Politik keines ihrer traditionellen Rechte beeinträchtigt.

Die bei der Pressekonferenz anwesenden Adivasivertreter machten deutlich, wie wichtig solche internationale Unterstützung ist, da in Indien alle, die sich für die Rechte der Adivasi einsetzen, überwacht und verfolgt würden.

Der Besuch einer Adivasidelegation beginnt am 15. September mit einer weiteren Pressekonferenz in Bonn und einem daran anschließenden Fachseminar (16. und 17. September). Anschließend werden in verschiedenen Großstädten der Bundesrepublik Veranstaltungen mit den Adivasivertretern durchgeführt. Nähere Information dazu sind bei den Trägerorganisationen zu haben.

Adivasi Aktivistin vergewaltigt

Antras ist ein kleines, von Adivasi bewohntes Dorf im Bundesstaat Gujarat, das durch den Sardar Sarovar Damm bedroht ist. Eine Reihe von Familien haben das Regierungsangebot angenommen und sind in die neuen Siedlungsgebiete umgezogen. Etwa 30 Familien haben sich jedoch bisher geweigert, ihr Dorf zu verlassen, darunter einige Familien, die inzwischen aus dem Umsiedlungsgebiet wegen der dortigen schlechten Lebensbedingungen zurückgekehrt sind. Umsiedlungswilligen haben die Behörden die Erlaubnis zum Holzfällen erteilt, um den Widerstand gegen die Umsiedlungspläne zu unterlaufen. Dies führte zu Auseinandersetzungen mit denen, die ihr Dorf nicht verlassen wollten und deren Lebensgrundlage von den Wäldern abhängt. Nach einer solchen Auseinandersetzung mit Dammgegnern, erstatteten ehemalige Bewohner von Antras Anzeige. Noch am gleichen Tag drangen daraufhin sieben Polizisten in das Haus von Indiyabhai, einem der Beschuldigten, ein. Da dieser nicht zu Hause war, begannen sie, seine Frau Budhiben und seinen Schwiegersohn zu verprügeln. Die beiden wurden schließlich 'in Polizeigewahrsam genom-

men', wobei es der 42-jährigen Mutter von acht Kindern nicht einmal gestattet wurde, sich richtig anzuziehen. Auf dem Weg zum Polizeiauto, so Budhiben später, seien drei der Polizisten über sie hergefallen. Nachdem sie ihre Kollegen und Budhibens Schwiegersohn weggeschickt hatten, hätte man ihr die Kleider vom Leib gerissen und sie dann vergewaltigt. Die Polizisten sollen betrunken gewesen sein und ihr Opfer mehrfach mit Holzknüppeln auf Arme, Beine und Unterleib geschlagen haben.

Nach diesem Vorfall wurde Budhiben in ein Gefängnis verbracht, wo sie fünf Tage unter entwürdigenden Umständen und ohne Wasser und Essen festgehalten wurde. Nach ihrer Entlassung (gegen Kaution), versuchte sie gegen die Polizeibeamten eine Beschwerde einzureichen. Diese wurde erst vier Tage später akzeptiert und die örtliche Polizei - die Kollegen der Polizisten, die Budhiben vergewaltigten - mit der Untersuchung der Anschuldigungen beauftragt.

So schlimm der Fall Budhibens auch ist, er ist doch 'nur' einer von vielen Fällen, in denen die Polizei brutal gegen Dammgegner vorgeht. Der Fall zeigt die Entschlossenheit der Polizei, mit allen Mitteln gegen die Dammgegner vorzugehen und

auch Vergewaltigungen von Aktivistinnen als Waffe einzusetzen, um die Moral der Dammgegner zu brechen.

Kinderarbeiter wollen eigene Gewerkschaft

Der Gerichtshof in Delhi hat bestätigt, daß die 'Bal Mazdoor Union', eine Organisation von Kinderarbeitern, nicht als Gewerkschaft anerkannt werden kann. Diese Anerkennung war der BMU zuvor von der zuständigen Behörde ('registrar of trade unions') verweigert worden. Die Anfang 1992 gegründete BMU hat im April vergangenen Jahres einen Antrag auf Anerkennung als Gewerkschaft gestellt, der vom 'registrar of trade unions' abgewiesen wurde, weil es nach dem 'Trade Union Act' von 1926 nicht möglich ist, daß jemand, der unter 15 Jahre alt ist, einer Gewerkschaft beitrifft oder eine solche gründet.

Die BMU legte gegen diese Abweisung Beschwerde ein, da ihrer Meinung nach der 'Trade Union Act' Kinder ausschließen, da zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung Kinderarbeit verboten gewesen sei. Nach Auffassung der BMU wurde Kinderarbeit jedoch 1986 durch das 'Gesetz über Kinderarbeit' ('Child Labour Prohibition and Regulation Act') legalisiert, da das Gesetz nur in besonders gesundheitsgefährdenden Industrien Kinderarbeit verbiete. Die Gesetzgebung, so die Argumentation der BMU, kann nur dann effektiv umgesetzt werden, wenn die Kinder Chancen haben, Gewerkschaften zu gründen, die sich für ihre Rechte einsetzen.

Der Gerichtshof in Delhi wies die Klage der BMU mit der Begründung ab, Kinder seien nicht kompetent, untereinander vertragliche Beziehungen einzugehen. Die Forderung der BMU nach Anerkennung von Gewerkschaften für Kinderarbeiter werde auch nicht durch die UNO-Konvention über die Rechte der Kinder gestützt, die Indien im November 1992 unterzeichnet hat.

Die BMU wirft der indischen Regierung vor, internationale Konventionen zu unterzeichnen, um der Weltöffentlichkeit ein positives Bild des Landes vorzuführen, in Indien selbst jedoch nichts zu unternehmen, diese Konventionen durch neue Initiativen wie Gesetze oder Gesetzesergänzungen auch umzusetzen.

Die Forderung der BMU ist auch aus Reihen anderer Organisationen,

Informationen zur Kampagne

1. Programm- Sonderheft: Juni/Juli 1993, Adivasi in Indien, Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 2024, 37010 Göttingen.

2. Aktionsleitfaden Adivasikampagne

Mit diesem Leitfaden werden aktionsbezogene Informationen zum Thema Adivasi aufbereitet. Interessierte Gruppen und Organisationen sollen durch ihn angeleitet und die Durchführung von Veranstaltungen erleichtert werden. Er enthält u.a. eine Zusammenstellung von mehr als 20 ReferentInnen mit Angabe der jeweiligen Spezialgebiete, ein umfangreiches kommentiertes Literaturverzeichnis, eine Übersicht über Zeitschriften, die regelmäßig zum Thema publizieren, Materialien, Graue Literatur, Studienarbeiten etc. mit Angaben der Bezugsquellen, Ausstellungen und Themenvorschläge für Veranstaltungen, Adivasiprodukte im alternativen Handel und einen Einblick in die Entwicklungszusammenarbeit von mehr als zehn deutschen und österreichischen NROs mit Adivasi.

Zu beziehen ist der Aktionsleitfaden (Preis 15,-DM) und weitere Informationen über die Indienhilfe, Luitpoldstraße 20, 82211 Herrsching. Die Indienhilfe hat außerdem einen kommentierten Katalog zu den indischen Stammesvölkern herausgegeben. Er enthält über 140 Kurzzusammenfassungen der bei der Indienhilfe vorhandenen Literatur, die zum Teil per Fernleihe ausgeliehen werden kann. Der Katalog 'Adivasi-Literatur' ist zum Preis von 7,- DM bei der Indienhilfe zu bestellen.

3. Infopaket: Die an der Adivasi-Kampagne beteiligten Träger bieten außerdem ein Info-Paket zur Kampagne an, das Artikel zur Situation der Adivasi und Falldokumentationen von Menschenrechtsverletzungen an Adivasi enthält. Dem Info-Paket beigelegt sind außerdem Statistiken zur Situation von Adivasi sowie Dokumentationen relevanter internationaler Abkommen (Bestellungen bei allen Kampagnenträgern gegen Kopier- und Portokosten).

4. Dokumentation: Gossner Mission (Fennstr. 31, 12439 Berlin), Neuer religiöser Fundamentalismus in Indien, Preis 4,- DM. Die Publikation enthält auch mehrere Beiträge zu den Problemen der Adivasis und Dalits.

die sich für die Rechte der Kinder einsetzen, zurückgewiesen worden, da die Gründung von Gewerkschaften zur Aufrechterhaltung von Kinderarbeit beitrage anstatt sie abzuschaffen.

Die BMU weist dieses Argument zurück, da es angesichts der hohen Zahl von Kinderarbeitern in Indien illusionär sei, eine völlige Abschaffung der Kinderarbeit zu verlangen. "Wenn wir Kinderarbeit nicht abschaffen können, so müssen wir wenigstens ihre Arbeitsbedingungen verbessern," so die BMU. Nicht-Regierungsorganisationen glauben, daß es in Indien zwischen 44 und 100 Millionen Kinderarbeiter gibt. Der Beitrag der fünf bis 15-jährigen am Bruttosozialprodukt des Landes wird auf 20 Prozent geschätzt.

Trotz der Bedeutung, die Kinderarbeit offenbar hat, hat nun die Regierung in Tamil Nadu erste Schritte eingeleitet, ein Verbot von Kinderarbeit auch durchzusetzen. Ein von der Regierung in Zusammenarbeit mit UNICEF gebildetes Komitee hat jetzt einen Bericht vorgelegt, in dem konkrete Maßnahmen zur Abschaffung von Kinderarbeit vorgeschlagen werden. Kernelement der Vorschläge ist die Einrichtung von 'Überwachungsgruppen' auf Bundesstaaten- und

Distriktebene, die die Implementierung der bestehenden Gesetze überwachen sollen. Die Regierung in Tamil Nadu muß sich jedoch fragen lassen, ob sie das Problem der Kinderarbeit wirklich ernsthaft angehen will, hat sie doch das 'Inspectorate of Factories' mit der Umsetzung der Empfehlungen des Berichts betraut. Und dabei handelt es sich um eine Behörde, die noch Anfang 1992 berichtete, 'es gibt keine Kinderarbeit im Kamarajar Distrikt'.

Überwältigender Sieg für Linksparteien in Westbengalen

Bei den jüngsten Panchayatwahlen (Selbstverwaltung der Dörfer) hat die 'Communist Party of India' (CPI-M) mit ihren Regierungspartnern ('Forward Bloc' und 'Revolutionary Socialist Party') einen beeindruckenden Erfolg erzielt. Damit hat die oppositionelle 'Congreß'-Partei seit 1978 zum vierten Mal hintereinander diese Wahlen verloren. Die 'Bharathiya Janata Party' (BJP) hatte sich in diesem Jahr erstmals ernsthaft um die Wählerstimmen bemüht und bewarb sich um insgesamt 40.000 der insgesamt etwa 71.000 zur Verfügung stehenden Sitze. Im Vergleich zu den letzten Wahlen von 1988, als von ihren damals 2.000 Kandidaten nur 35 gewählt wurden, hat sie diesmal deutlich besser abgeschnitten und knapp 2.500 Sitze in den Dorfräten gewonnen.

Bei einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 75 Prozent hat die CPI-M mehr als 35.000 Sitze in den Dorfräten gewonnen, während die 'Congreß'-Partei etwa 16.000 Sitze erhielt. Auf der Bezirksebene (Panchayat Samitis) kam die CPI-M auf knapp 6.400 Sitze und die 'Congreß'-Partei auf über 1.700 von insgesamt 8.928 Sitzen, die auf dieser Ebene vergeben wurden.

Die 'Congreß'-Partei und die BJP, die in vielen Dörfern insgeheim ein Wahlbündnis eingegangen waren, warfen als Opposition den regierenden Kommunisten Einschüchterungen der Wähler durch Terror und Wahlmanipulationen vor. Tatsächlich kam es im Rahmen des Wahlkampfes verschiedentlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der verschiedenen Parteien, die etwa 30 Menschenleben forderten.

Der große Vorsprung der CPI-M weist jedoch darauf hin, daß dieser Sieg nicht ausschließlich auf Terror und Einschüchterung zurückzuführen

sein kann. Beobachter sehen hierin vielmehr eine Bestätigung für eine Politik, die in den letzten Jahren vor allem der landlosen ländlichen Bevölkerung genutzt hat. Dies deuten jedenfalls die viel knapperen Ergebnisse aus den städtischen Gebieten an, wo das Bündnis der linken Parteien von 15 Sitzen neun erlangen konnte, die 'Congreß'-Partei fünf und die BJP einen. Die breite Unterstützung durch die ländliche Bevölkerung ist wohl vor allem auf ländliche Entwicklungsprogramme zurückzuführen, durch die unter anderem die Landverteilung geändert wurde, Bewässerungsmaßnahmen nun bis zu drei Ernten pro Jahr ermöglichen und so den landlosen Landarbeitern das ganze Jahr über Arbeit und Einkommen sichert.

Die Wahlen in diesem Jahr zeichneten sich insbesondere dadurch aus, daß 30 Prozent der Sitze für Frauen reserviert waren. Die Linksfrente hatte insgesamt beinahe 25.000 Frauen nominiert, 16.000 davon von der CPI-M. 80 Prozent von diesen, gelang es, gewählt zu werden.

Politische Beziehungen nach Zentralasien vertieft

Bei einem Besuch von Premier Rao in Usbekistan und Kasachstan wurden mehrere Verträge zwischen Indien und diesen beiden zentralasiatischen Republiken geschlossen, die die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen stärken sollen.

Mit Usbekistan wurden ein Handels- und Luftfahrtabkommen geschlossen. Außerdem verlängerte Indien einen Kredit über 10 Millionen US-Dollar und traf Vereinbarungen über regelmäßige Treffen der Außenminister beider Staaten. Eingebettet sind alle diese Übereinkommen in einen 'Vertrag über die zwischenstaatlichen Beziehungen', der von Rao und seinem usbekischen Amtskollegen Islam Karimov unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag ersetzt den alten Vertrag mit der Sowjetunion über 'Frieden, Zusammenarbeit und Freundschaft.' Um die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu vertiefen, hat Indien die Einrichtung eines indischen Kulturzentrums in Taschkent sowie technische Hilfe bei der Ausstrahlung indischer Fernsehprogramme in der zentralasiatischen Republik angekündigt.

Große Bedeutung wird dem Besuch Rao's in Kasachstan beigemessen, da dieser Staat an Rußland



südostasien informationen

Erziehung
und
Bildung

Heft Nr. 2/93

aus dem Inhalt:

- * **Bildungssystem und Gesellschaft in Südostasien**
- * **Südostasien: Chinesische Erziehung und Bildung**
- * **Vietnam: Berufliche Bildung**
- * **Bildung in Laos, Burma, Thailand, Malaysia, Singapur und Indonesien**
- * **Philippinen: Ausbildung für den Weltmarkt**

außerdem:

- Philippinen: Debatte über die Politik der Kommunisten
- Malaysia: Stimmen zum Krieg in Bosnien-Herzegowina
- Thailand: Sulaks Majestätsbeleidigung

Schwerpunkt des nächsten Heftes:

Deutsche Interessen in Südostasien

erscheinen vierteljährlich
Umfang Einzelheft: 72 S.

Preis: DM 7,-

Doppelheft: 96 S.

Preis: DM 10,-

(zzgl. Porto)

Jahresabonnement:

DM 28,- für Einzelpersonen

DM 56,- für Institutionen

erhältlich bei:

Südostasien-
Informationsstelle

Josephinenstr. 71

D-44807 Bochum

Tel.: 0234/50 27 48

Fax: 0234/50 27 90

E-Mailing:

Geonet GEOD:SEAINFO

Kontor: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302491
Postgiro Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1748-460

und China angrenzt und über Atomwaffen verfügt. Eine Andeutung, wie beide Staaten ihre Beziehungen vertiefen könnten, machte Präsident Nursultan Nasarbajew mit seinem Angebot, Indien könne die Einrichtungen und Möglichkeiten des Baikanur-Kosmodroms nutzen, wenn es Kasachstan im Austausch dafür mit Luft- und Raumfahrttechnik helfe. Indien stellte der jungen Republik einen weiteren Kredit über 10 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

Die beiden Präsidenten der zentralasiatischen Republiken nahmen indirekt Stellung zur Politik Pakistans, indem sie die Einheit Indiens betonten und mit Rao übereinstimmten, daß es Entwicklungen zu verhindern gelte, die Religion mißbrauchten, um politische Unruhen in Indien oder den zentralasiatischen Republiken zu stiften.

Verkaufsverbot von Arrack in Andhra Pradesh

In ganzseitigen Anzeigen in indischen Nachrichtenmagazinen weist die Bundesstaatenregierung von Andhra Pradesh auf das Verkaufsverbot von Arrack hin, das am 18. Oktober diesen Jahres in Kraft treten soll. Im Nellore Distrikt wurde das Verbot sofort wirksam. Ziel des Verbotes sei es, so die Anzeigen, die 'armen und schwächeren gesellschaftlichen Gruppen' vor dem 'Laster' zu schützen. Die Regierung weist darauf hin, daß sie mit diesem Verbot auf jährliche Steuereinnahmen von sechs Milliarden Rupien (ca. 350 Millionen DM) verzichtet und bittet zur Durchsetzung des Verbots Nicht-Regierungsorganisationen, Frauenselbsthilfegruppen und andere Aktionsgruppen um Mithilfe (siehe auch Beitrag in 'Südasiens', 4/93).

Dalit Solidaritätsforum

Als deutsche Sektion des 'International Forum for Dalit Development' wurde während eines Symposiums in Frankfurt zur Situation von Dalits ('Unberühbare'; Scheduled Castes) ein Dalit-Solidaritätsforum gegründet. Dabei handelt es sich um einen losen Zusammenschluß von Organisationen und Privatpersonen, die über die Internationalisierung der Probleme der Dalits dazu beitragen wollen, die Situation der Menschenrechte für diese mindestens 200 Millionen Menschen zählende Bevölkerung Indiens zu verbessern (weitere In-

formationen: Dalit Solidaritätsforum, c/o Gebhard Schwägerl, Obere Dorfstr. 3, 91795 Obereichstätt).

'Ethnische' und 'kommunalistische' Konflikte in Manipur

Seit Anfang Mai sind bei 'kommunalistischen' Auseinandersetzungen in Manipur weit mehr als 100 Menschen getötet worden. Im Zentrum standen dabei offenbar Kämpfe zwischen moslemischen (Pangals) und hinduistischen (Meitis) Gruppen, womit die gewalttätigen Auseinandersetzungen in diesem Bundesstaat eine neue Qualität erhielten. 'Traditionell' verläuft die Konfliktlinie nämlich zwischen den vornehmlich christlichen Bevölkerungsgruppen der Kukis und Nagas.

In einem in Manipur bisher beispiellosen Fall kommunalistischer Unruhen wurden Anfang Mai weit mehr als 100 Menschen getötet und Hunderte verletzt. Je nach Quelle gibt es mindestens zwei Versionen über die Ursachen für den Ausbruch kommunalistischer Gewalttätigkeiten. So sollen einige Hindus, die vorgaben Mitglieder der 'Republikanischen Volksarmee' (PRA) zu sein, versucht haben, 'Mitgliedbeiträge' von einigen moslemischen Geschäftsinhabern in einem Dorf in der Nähe der Hauptstadt einzutreiben. Die Dorfbewohner hätten die jugendlichen PRA-Mitglieder verprügelt, was dann zu den Unruhen geführt habe. Nach einer anderen Version ist es bei einem illegalen Waffengeschäft zwischen der PRA und moslemischen Waffenhändlern zu Unstimmigkeiten gekommen, die dann den Ausbruch von Gewalt initiiert hätten. Von einigen kleineren Zwischenfällen abgesehen, die in den letzten Jahren wohl dazu dienen sollten, Spannungen zwischen Hindus und Moslems aufzubauen, ist dies der erste Ausbruch von Gewalttätigkeiten zwischen den beiden Religionsgruppen in Manipur.

Aber auch der alte, schon beinahe traditionelle Konflikt zwischen den 'Kukis' und den 'Nagas', hat sich in den letzten Wochen dramatisch verschärft. Insbesondere in den Grenzdistrikten zu Burma (Myanmar) haben paramilitärische Einheiten beider Gruppen jeweils Dörfer der anderen Gruppe überfallen und dabei in diesem Jahr schon mehrere Dutzend Menschen getötet. Der Konflikt zwischen diesen beiden Volksgruppen reicht weit in die Geschichte zurück und begann, als die

früheren Herrscher der Region, die den Meitis angehörten, im 18. Jahrhundert Kukis aus Burma und anderen benachbarten Regionen anwarben und sie ermutigten im Hochland der Region zu siedeln. Ihr Ziel war es, dadurch ein Gegengewicht zu den Nagas zu schaffen, die sich der Herrschaft der Meiti-Könige nur sehr zögerlich beugten. In den letzten Jahren stieg ihre Zahl aufgrund der politischen Situation in Burma noch einmal stark an. Heute leben etwa 250.000 Kukis und 400.000 Nagas in Manipur, die Gesamtbevölkerung des Staates beträgt etwa 1,8 Millionen. In beiden Bevölkerungsgruppen haben sich paramilitärische Organisationen gebildet, die jeweils mehr Autonomie und Sicherheit für ihre Gruppen fordern. So tritt das 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN-IM) für ein 'Großnagaland' ein, in das auch Gebiete einbezogen werden sollen, die von Kukis bewohnt werden. 1987 wurde in Burma die 'Kuki National Organisation' (KNO) gegründet, die einen unabhängigen Staat fordert. Die Nagas trauen den Zusicherungen dieser Organisation nicht, daß sie keinerlei Gebietsansprüche an Indien stellt, zumal eine andere Kuki-Organisation, die 'Kuki National Front' ein selbständiges 'Kukiland' fordert, das sich aus Teilen Burmas und Manipurs zusammensetzen soll. Eine wichtige Einkommensquelle der Kukis ist der zumeist illegale Handel, also Schmuggel, von und nach Burma, bei dem jährlich mehrere Milliarden Rupien umgesetzt werden. Hauptschmuggelgut ist 'Nummer Vier' - Heroin aus dem 'Goldenen Dreieck' von äußerst hoher Qualität. Die jüngsten Konflikte brachen aus, als die Nagas diese lukrativen Geschäfte übernehmen wollten beziehungsweise begannen, 'Zölle' auf die geschmuggelten Waren zu erheben. Allein in diesem Jahr wurden schon mindestens 50 Kukidörfer gebrandschatzt, über 80 Menschen kamen dabei ums Leben. Die Staatsregierung Manipurs steht diesen Auseinandersetzungen recht hilflos gegenüber. Hochrangige Politiker sind in die Auseinandersetzungen verwickelt. So soll der Finanzminister die Kukis unterstützen, der 'Deputy Chief Minister' jedoch die Nagas. 'Chief Minister' R.K. Dorendra Singh fordert unterdessen eine Verstärkung von Armee und Polizei in der Region, da die vorhandenen Sicherheitskräfte längst nicht mehr ausreichen, die Situation zu kontrollieren.